

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katrin Vogel (CDU)**

vom 27. Juni 2016 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Juni 2016) und **Antwort**

Bauschild auf der Baustelle für ein Tempohome am Bahnweg/Ecke Molchstraße – Fehlanzeige?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass über sechs Wochen nach Baubeginn die Baustelle für das Tempohome am Bahnweg/Ecke Molchstraße noch immer nicht mit einem gesetzlich vorgeschriebenen und als Bestandteil der Baugenehmigung ausgewiesenen Baustellenschild versehen ist?

Antwort zu 1: Das Fehlen eines Bauschildes stellt einen Verstoß der Bauherrin gegen § 11 Abs. 3 Bauordnung für Berlin (BauO Bln) dar. Es wurde nach Auskunft der Bauherrin inzwischen aufgestellt, vgl. Foto:



Frage 2: Die Senatsverwaltung wurde zeitnah darüber durch Anlieger informiert - welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um dem fehlenden Bauschild abzuhelpfen?

Antwort zu 2: Die Senatsverwaltung hat ihr bekanntgewordene Probleme stets der Bauherrin mitgeteilt und diese mehrmals, zuletzt am 9. Juni, aufgefordert, mit dem Baubeginn ein Bauschild anzubringen.

Frage 3: Wer konkret ist nun Auftraggeber und wer sind die Auftragnehmer für das Tempohome ?

Antwort zu 3: Bauherr ist das Land Berlin, vertreten durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LA-GeSo), das vertreten wird durch die BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH.

Frage 4: Kann der Senat ausschließen, dass auf der Baustelle Schwarzarbeit stattfindet, wurde den Anzeigen dazu nachgegangen; wenn ja mit welchem Ergebnis und wenn nein, warum nicht?

Antwort zu 4: Der Senat kann nicht ausschließen, dass auf Baustellen Schwarzarbeit stattfindet. Anzeigen sind nicht bekannt. Zuständig für die Ahndung von Schwarzarbeit sind nach § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG) die Behörden der Zollverwaltung.

Berlin, den 05. Juli 2016

In Vertretung

R. L ü s c h e r

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Juli 2016)